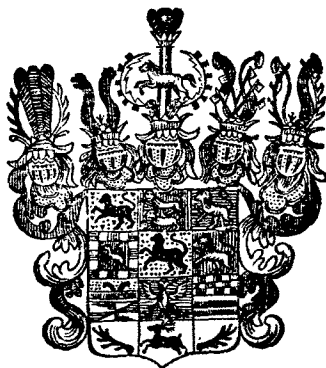


Verordnungs-Sammlung

für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

6^{ter} J a h r g a n g 1 8 1 9.



Zweite Auflage.

Braunschweig,

gedruckt in der Fürstl. Waisenhaus, Buchdruckerei.

I.

Inhalt

der

in dem 6^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
Sammlung

befindlichen Nummern.

- I. (1.) **V**erordnung, die mit der Königl. Preussischen Regierung, wegen Ausdehnung der zwischen den hiesigen Landen und den Deutschen Provinzen des Königl. Preussischen Staats bereits bestehenden Abschoss- und Abzugsfreiheit auch auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Königl. Preussischen Provinzen, getroffene Uebereinkunft betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten Januar 1819.
- (2.) Declaration, die Bestrafung der Gewerbesteuer-Contraventionen betreffend. D. D. Braunschweig, den 21sten Januar 1819.
- II. (3.) Verordnung, die Rectification der in dem der Verordnung vom 10ten März 1814 beigefügten Verzeichnisse festgesetzten Entfernung der hiesigen Station von den Stationen zu Giffhorn und Peine betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten Februar 1819.

S n h a l t.

- (4.) Declaration der Verordnung vom 11ten Juni 1818, die zum Andenken des Feldzugs vom Jahre 1815 dem hiesigen Militair verwilligte Medaille betreffend. D. D. Braunschweig, den 8ten März 1819.
- III. (5.) Verordnung, die mit dem Königl. Hannoverschen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteurs und ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten März 1819.
- IV. (6.) Verordnung, die mit dem Königl. Preussischen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteurs und ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner betreffend. D. D. Braunschweig, den 4ten Mai 1819.
- V. (7.) Verordnung wegen der diesjährigen Feier des Sieges bei Waterloo. D. D. Braunschweig, den 10ten Juni 1819.
- VI. (8.) Verordnung, die mit dem Churfürstl. Hessischen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs und sonst ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten Junius 1819.
- VII. (9.) Verordnung, die Ausdehnung des §. 12 der Verordnung vom 30sten März 1775 auf die aus der Militair-Wittwen-Kasse auszuzahlenden Wittwen-Gehalte betreffend. D. D. Braunschweig, den 29sten Juni 1819.
- (10 a.) Bekanntmachung des Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii, die Königl. Preussischer Seits bestimmten Ablieferungsorte der Deserteurs betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Julius 1819.
- VIII. (10b.) Verordnung, die Zusammenberufung der Landstände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg betreffend. D. D. Braunschweig, den 6ten September 1819.

- IX. (11.) Fürstl. Geheimen = Rath's = Collegii Bekanntmachung, die diesjährige Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten September 1819.
- X. (12.) Verordnung, die Censur der Druckschriften betreffend. D. D. Braunschweig, den 25sten October 1819.
- XI. (13.) Bekanntmachung des Deutschen Bundestags = Beschlusses, die Bestellung einer Centralbehörde zur nähern Untersuchung der in mehreren Bundesstaaten entdeckten revolutionairen Umtriebe betreffend. D. D. Braunschweig, den 25sten October 1819.
- (14.) Bekanntmachung des Deutschen Bundestags = Beschlusses, die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln betreffend. D. D. Braunschweig, den 25sten October 1819.
- (15.) Bekanntmachung der provisorischen Executionsordnung im Deutschen Bunde. D. D. Braunschweig, den 25sten October 1819.
- XII. (16.) Verordnung, die abermalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten December 1819.
-

II.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

zur

Verordnung = Sammlung
des Jahres 1819.

Seite

Abstoß- und Abzugsfreiheit, die Ausdehnung der zwischen den hiesigen Landen und den Deutschen Provinzen des Königl. Preussischen Staats bereits bestehenden, auch auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Königl. Preussischen Provinzen	1 — 2
Arrest = Anlegung auf die Militairmittwengehalte	61 — 62

B.

Bundesstaatsbeschlüsse über die Censur und den
Debit der Druckschriften; über die Bestellung
einer Central-Untersuchungs-Commission we-
gen der in mehreren Bundesstaaten entdeckten
revolutionairen Umtriebe; über die in Anse-
hung der Universitäten zu ergreifenden Maß-
regeln und über eine provisorische Executions-
ordnung im Deutsch. Bunde, s. Censur, Central-
Behörde, Universitäten, Executions-Ordnung.

C.

Cartell-Convention mit Hannover	} f. Deser- teurs.	
— — — mit Preußen		
— — — Chur-Hessen		
Censur der Druckschriften		71 — 78
— die in der 35ten Sitzung der Bundesver- sammlung vom 20sten September 1819 be- schlossenen provisorischen Bestimmungen über die Censur und den Debit derselben . . .		71 — 77
— die in Gemäßheit dieser Bestimmungen für hiesige Lande erlassenen besondern Vorschriften		77 — 78

Central-Behörde zur nähern Untersuchung der in mehreren Deutschen Bundesstaaten entdeckten revolutionairen Umtriebe; Bekanntmachung des über die Bestellung derselben in der 35ten Sitzung der Deutschen Bundesversammlung vom 20. Sept. 1819 genommenen Beschlusses	79 — 83
Contraventionen gegen die Gewerbesteuer, Bestrafung derselben	3 — 4

D.

Deserteurs, die mit dem Königl. Hannöverschen Gouvernement wegen wechselseitiger Auslieferung derselben und der ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner abgeschlossene Convention	9 — 22
die mit dem Königl. Preussischen Gouvernement wegen wechselseitiger Auslieferung derselben und der ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner abgeschlossene Convention	25 — 39
— die mit dem Churfürstl. Hessischen Gouvernement wegen wechselseitiger Auslieferung derselben und der ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner abgeschlossene Convention	44 — 57
— die Königl. Preussischer Seits in Folge der Cartell-Convention vom 4ten Mai 1819 bestimmten Ablieferungsorte derselben . . .	65
Druckschriften, Censur derselben	71 — 78

E.

Exekutions-Ordnung, im Deutschen Bunde, Bekanntmachung der am 20ten September 1819 von der Deutschen Bundesversammlung zur Sicherung der Vollziehung ihrer Beschlüsse provisorisch festgesetzten	88 — 92
--	---------

F.

Gewerbesteuer-Contraventionen, deren Bestrafung	3 — 4
---	-------

H.

- Hypotheken, Anmeldung derselben, die nochmalige
Verlängerung der Frist dazu bis zum 31sten
December 1820 93 — 94

L.

- Landstände des Herzogthums Braunschweig und
Fürstenthums Blankenburg, die Zusammenberufung
derselben 65 — 67
- Leipzig, diesjährige Gedächtnissfeier des daselbst er-
runenen Sieges 69 — 70

M.

- Medaille, die zum Andenken des Feldzuges von
1815 bewilligte, Declaration der dieselbe
betreffenden Verordnung vom 11ten Junius
1818, hinsichtlich der Befugniß der Civilges-
richte, in Untersuchungssachen über das fer-
nere Tragen oder Nichttragen derselben mitzu-
erkennen 7 — 8
- Militairwittwengehalte, die Ausdehnung des §. 12
der Verordnung vom 30sten März 1775 auf
die aus der Militairwittwencasse auszahlenden 61 — 62

P.

- Poststation hiesige, Rectification der früherhin fest-
gesetzten Entfernung derselben von den Stas-
tionen zu Giffhorn und Peine 5 — 6

U.

- Universitäten, Bekanntmachung des über die hin-
sichtlich derselben zu ergreifenden Maßregeln
am 20sten September 1819 von der Deuts-
schen Bundesversamml. genommenen Beschlusses 84 — 87

W.

- Waterloo, Gedächtnissfeier des daselbst erfochtenen
Sieges 41 — 42

Verordnungs-Sammlung.

No 1.

Braunschweig, den 30. Januar 1819.

- (1.) Verordnung die mit der Königl. Preussischen Regierung wegen Ausdehnung der zwischen den hiesigen Landen und den deutschen Provinzen des Königl. Preussischen Staats bereits bestehenden Abschoss- und Abzugsfreiheit auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Königl. Preussischen Provinzen, getroffene Uebereinkunft betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten Januar 1819.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Betters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach durch eine mit der Königl. Preussischen Regierung am 16ten Decbr. 1818 getroffene Uebereinkunft der Inhalt des im Protocolle der deutschen Bundes-
Neue Auflage.

desversammlung vom 23sten Junius 1817 befindlichen, durch Unsere Verordnung vom 2ten Januar 1818 bekannt gemachten Beschlusses wegen der unter sämtlichen deutschen Bundesstaaten festgesetzten Nachsteuer und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Königl. Preussischen Provinzen nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange ausgedehnt ist, so wird solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und haben sich danach die betreffenden Behörden und wen selbiges sonst angeht, gehörig zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 12ten Januar 1819.



Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt=Phiseldorff.

v. Schleinitz.

- (2.) Declaration die Bestrafung der Gewerbesteuer-Contraventionen betreffend. D. D. Braunschweig, den 21sten Januar 1819.

Königliche Hof- und Landes-Justizkanzlei. N. 9. 21. 1819.
Wir GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-

Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Da verschiedentlich darüber Zweifel entstanden sind, ob und auf welche Weise die Contraventionen gegen die bislang noch beibehaltene Gewerbesteuer zu bestrafen seyen, und denn in der Natur der Gewerbesteuer schon an sich die Nothwendigkeit einer Bestrafung der Contraventionen gegen dieselbe begründet ist, auch in den Verordnungen vom 9ten und 16ten Januar 1814 ausdrücklich nicht die Beträge der damals bestandenen Steuern allein, sondern die bisherige Steuer-Verfassung, mithin auch die übrigen auf die Verwaltung und die Sicherstellung des Eingehens der Steuern Bezug habenden Verfügungen der beibehaltenen Gesetze aufrecht erhalten worden, und in der Verordnung vom 16ten Januar 1814 nur zur Erleichterung der Gewerbetreibenden einige Modificationen verfügt worden, und die Bekanntmachung No. 45 der Verordnungs-Sammlung vom Jahre 1814 deutlich zu

erkennen giebt, daß die Geseze über beibehaltene Steuern, in so fern sie nicht besonders aufgehoben oder modificirt sind, als noch bestehend zu betrachten seyen, endlich auch §. 2 der Verordnung vom 3ten October 1816 einer Strafe wegen unbefugter Ausübung eines Gewerbes erwähnt, eine solche Strafe aber nur durch das Gesez über die beibehaltene Gewerbesteuer bestimmt ist, mithin hieraus genügend hervorgehet, daß nach der Absicht der bestehenden Verordnungen die Contraventionen gegen die beibehaltenen Steuergeseze, in so fern nicht deshalb andere Bestimmungen gemacht sind, mithin auch die gegen die Gewerbesteuer, nach demjenigen Geseze zu beurtheilen und zu bestrafen sind, welches ansezt noch in Ansehung der Steuer selbst zur Richtschnur dient, so haben Wir, um fernern Zweifeln zu begegnen, solches hiedurch ausdrücklich zu declariren Uns bewogen gefunden, und haben sich sämtliche Verwaltungs- und richterliche Behörden, so wie ein jeder, welchen dieses angeht, hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 21sten Januar 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 2. ✓

Braunschweig, den 24. März 1819.

- (3.) Verordnung die Rectification der in dem der Verordnung vom 10ten März 1814 beigefügten Verzeichnisse festgesetzten Entfernung der hiesigen Station von den Stationen zu Giffhorn und Peine betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten Februar 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da sich ergeben, daß die in dem der Verordnung vom 10ten März 1814 beigefügten Verzeichnisse zu resp. 4 und $3\frac{1}{2}$ Meilen festgesetzte Entfernung der hiesigen Post-Station von den Stationen zu Giffhorn und Peine, nach Giffhorn nur $3\frac{1}{2}$ und nach Peine nur $3\frac{1}{4}$ Meile betrage, so lassen Wir gedachtes Verzeichniß hiemit dahin berichtigen.

Neue Auflage.

gen, daß die zuletzt angegebene Meilenzahl bei Berechnung des Postgeldes für Extraposten, Couriere und Estafetten zwischen der hiesigen Station und den Stationen zu Giffhorn und Peine von Publication der gegenwärtigen Verordnung an zum Grunde gelegt werden soll, wonach sich also Fürstl. Post-Direction und ein Jeder, den es sonst angeht, zu achten hat.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 26sten Februar 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phisfeld.

v. Schleinitz.

- (4.) Declaration der Verordnung vom 11ten Juni 1818 die zum Andenken des Feldzuges vom Jahre 1815 dem hiesigen Militair verwilligte Medaille betreffend.
D. D. Braunschweig, den 8ten März 1819.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vetters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Es ist zwar in der Verordnung vom 11ten Junii 1818 No. 10. enthalten, daß, im Fall gegen Jemanden, welchem die zum Andenken des Feldzuges im Jahr 1815 dem hiesigen Militair bewilligte Medaille verliehen worden, eine Untersuchung wegen begangener Verbrechen eintreten sollte, wenn derselbe sich im Militairdienste befindet, das Kriegs- oder Standrecht, wenn er aber den Militairstand verlassen, das Civilgericht jedes Mal darüber mit zu erkennen habe, ob der Angeschuldigte des ferneren Tragens der Medaille würdig sei oder nicht. Da es jedoch bei der deutlichen Vorschrift, daß entehrende Handlungen den Verlust des Vorrechts diese Denkmünze zu tragen, nach sich ziehen sollen, unbedenklich erscheint, und zur Abkürzung des zu beobachtenden Verfahrens gereicht, daß in allen Fällen, wo den Civilgerichten die Untersuchung und Bestrafung gegen Militair-Personen wegen bürgerlicher Verbrechen oder

Bergehungen zuseht, von besagtem Gerichte zugleich bei Entscheidung der Hauptsache auch über die weitere Befugniß zur Tragung der mehrgedachten Medaille erkannt werde, ohne daß es solcherhalb noch eines besondern kriegsgerichtlichen Ausspruches bedürfe, so finden Wir Uns veranlaßt, vorerwähnte Bestimmung dahin zu erweitern und zu declariren:

daß die Civilgerichte berechtigt und hiedurch angewiesen seyn sollen, in allen zu ihrer Competenz gehörigen Untersuchungsachen gegen Militair-Personen, letztere mögen bei dem activen Corps oder bei der Reserve angestellt seyn, die abzugebenden Erkenntnisse darauf mit zu erstrecken, ob der Angeschuldigte des ferneren Tragens der wegen des Feldzuges vom Jahre 1815 bewilligten Denkmünze würdig sey oder nicht. Sämmtliche Militair- und Civilbehörden haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 8ten März 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 3. ✓

Braunschweig, den 13. April 1819.

- (5.) Verordnung, die mit dem Königlich Hannöverschen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteurs und ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner betreffend.
Braunschweig, den 30sten März 1819.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach mit dem Königl. Hannöverschen Gouvernement eine Convention wegen der Auslieferung der beiderseitigen Deserteurs und sonst ausgetretenen militairpflichtigen Landeseinwohner abgeschlossen worden ist, welche wörtlich folgendermaßen lautet:

Neue Auflage.

Artikel 1.

Alle in Zukunft, und zwar vom Tage der Publication gegenwärtiger Convention angerechnet, von den Armeen der beiden hohen contrahirenden Theile, unmittelbar oder mittelbar in des andern Lande, oder zu dessen Truppen, wenn diese auch außerhalb ihres Vaterlandes sich befinden sollten, desertirenden Militair-Personen sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

Art. 2.

Als Deserteurs werden, ohne Unterschied des Grades oder der Waffe, alle diejenigen angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres oder der bewaffneten Landesmacht, nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der beiden Staaten, gehören und denselben mit Eid und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der, bei der Artillerie oder sonstigem Fuhrwesen angestellten Knechte.

Art. 3.

Sollte der Fall vorkommen, daß ein Deserteur der hohen contrahirenden Mächte früher schon von einer andern Macht desertirt wäre; so wird dennoch, selbst wenn mit der letztern ebenfalls Auslieferungs-Verträge beständen, die Auslieferung stets an diejenigen der hohen con-

trahirenden Mächte erfolgt, deren Dienste er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der hohen paciscirenden Souverains zu denen eines dritten, und von diesem wiederum in die Lande des andern paciscirenden Souverains oder sonst zu dessen Truppen desertirt; so kommt es darauf an, ob letzterer Souverain mit jenem dritten ein Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist; im entgegengesetzten Falle aber wird er den paciscirenden Souverain, dessen Dienste er zuerst verlassen hat, ausgeliefert.

Art. 4.

Nur folgende Fälle werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

- a. Wenn der Deserteur aus den Staaten des jenseitigen hohen Souverains, so wie sie durch die neuesten Verträge begränzt sind, gebürtig ist, und also vermittelst der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt;
- b. wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchem er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landesgesetze erfordern.

Wenn nach überstandener Strafe der Deserteur ausgeliefert wird, sollen die denselben betreffenden Untersuchungs-Akten, entweder im Original oder auszugsweise und in beglaubten Abschriften übergeben werden, damit ermesſen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militairdienste geeignet sei oder nicht.

Schulden oder andere von einem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

Art. 5.

Die Verbindlichkeit zur Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sattel- und Reitzzeug, Armatur- und Montirungsstücke, welche von dem Deserteur etwa mitgenommen, und bei seiner Verhaftung bei ihm gefunden werden, oder auch, nach der nähern Bestimmung des Art. 20, in den Händen dritter Personen sich befinden sollten. Dies tritt auch dann ein, wenn der Deserteur selbst nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels nicht ausgeliefert wird.

Art. 6.

Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, ist die Uebereinkunft getroffen, daß die Ablieferung jeder Zeit an die nächstbefindliche jen-

seitige Obrigkeit geschehen, und von derselben, bei der Empfangnahme des Deserteurs, auch die sofortige Bezahlung der in den nächstfolgenden Art. 11 und 12 stipulirten Kosten verfügt werden soll.

Art. 7.

Die Auslieferung geschieht in der Regel freiwillig und ohne erst eine Requisition abzuwarten. Sobald daher eine Militair- oder Civilbehörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird derselbe, nebst den etwa bei sich habenden Effecten, Pferden, Waffen, und sofort, unter Beifügung eines aufzunehmenden Protocolls, an die jenseitige Behörde, im nächsten Ablieferungsorte, gegen Bescheinigung übergeben.

Art. 8.

Sollte aber ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden desjenigen Staates, in welchen er übergetreten ist, entgangen seyn, so wird dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfallige Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegenheit gefunden hätte, in dem Militairdienste des gedachten Staats angestellt zu werden. Nur wenn über die Richtigkeit wesentlicher in der Requisition angegebener Thatfachen, welche die Auslieferung überhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, daß zuvor eine nähere Aufklärung derselben zwischen der requirirenden und der re-

quirirten Behörde nöthig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

Art. 9.

Die im vorstehenden Artikel erwähnten Requisitionen ergehen Königlich Hannöverscher Seits an das Herzoglich Braunschweigische Geheimeraths-Collegium, und Herzoglich Braunschweigischer Seits an das Königliche General-Commando zu Hannover, oder an die Provinzial-Regierung der Provinz, wohin der Deserteur sich begeben hat.

Von den Militair-Behörden werden diejenigen Deserteurs, welche etwa zum Dienste angenommen seyn sollten, von den Civilbehörden aber diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, ausgeliefert.

Art. 10.

Sollten zwischen Sr. Majestät, dem Könige von Hannover und andern Deutschen Bundesstaaten, welche durch den Herzoglich Braunschweigischen Staat von dem Hannöverschen Gebiete getrennt sind, Cartel-Conventionen bestehen oder noch geschlossen werden, in deren Folge Auslieferungsfälle Hannöverscher Deserteurs vorkommen; so sind die Herzoglich Braunschweigischen Behörden verpflichtet, dergleichen Deserteurs von solchen hinterliegenden dritten Staaten anzunehmen und den weitem Transport nach

den in Gemäßheit des Art. 6 zu bestimmenden Händoverschen Ablieferungs-Orten in eben der Art zu veranstalten, als ob solche Deserteurs innerhalb des Herzoglich Braunschweigischen Staates selbst zuerst ergriffen worden wären.

Eine gleiche Verpflichtung findet auf Seiten der Königlich Hannöverschen Behörden Statt, wenn in ähnlichen Fällen zwischen der Herzoglich Braunschweigischen Regierung und andern Deutschen Bundesstaaten bestehender Car tel-Conventionen Herzoglich Braunschweigische Deserteurs das Königlich Hannöversche Gebiet passiren müssen, um ihre Auslieferung zu bewirken.

Art. 11.

An Unterhaltungskosten werden der ausliefernden Macht für jeden Deserteur, vom Tage seiner Verhaftung an, bis zum Tage der Auslieferung einschließlich, für jeden Tag Drei Gutegroschen Conventions-Münze; für ein Pferd aber täglich Sechs Pfund Hafer, Acht Pfund Heu, und Drei Pfund Stroh, Berliner Gewicht, den Centner zu Einhundert und Zehn Pfund, gut gethan. Die Berechnung geschieht nach den Marktpreisen des Orts oder der nächsten Stadt, wo die Arretirung geschehen ist, und die Bezahlung erfolgt, ohne die geringste Schwierigkeit, gleich bei der Ablieferung.

Art. 12.

Außer diesen Kosten und der im nachfolgenden Art. 13 bemerkten Belohnung, kann ein Mehreres unter irgend einem Vorwande, wenn auch gleich der auszuliefernde Mann unter den Truppen des Souverains, der ihn auszuliefern hat, angeworben seyn sollte, etwa wegen des Handgeldes, genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung, oder wie es Namen haben möchte, nicht gefordert werden.

Art. 13.

Dem Unterthan, welcher einen Deserteur einliefert, imgleichen den Polizei- und obrigkeitlichen Unterbedienten, so wie auch den Landdragonern, von welchen, ohne vorgängigen Auftrag, ein Deserteur angehalten und abgeliefert wird, soll eine Gratification von Fünf Thaler Conventions-Münze für einen Mann ohne Pferd, und von Zehn Thaler Conv. Münze für einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem ausliefernden Theile vorgeschossen und sofort bei der Auslieferung wieder erstattet werden. In Ansehung anderer ausgetretener Militairpflichtigen, die nicht nach Art. 2 in die Classe der eigentlichen Deserteurs gehören, fällt dieses Cartelgeld weg.

Art. 14.

Ueber den Empfang der, Art. 11 und 13 gedachten

Kosten- und Gratifications-Erstattung hat die ausliefernde Behörde zu quittiren. Des etwa nicht sofort auszumittelnden Betrages der zu erstattenden Unkosten halber, ist aber die Auslieferung des Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegen steht, nicht aufzuhalten.

Art. 15.

Allen Behörden, besonders den Grenzbehörden, wird es strenge zur Pflicht gemacht werden, auf die jenseitigen Deserteurs ein wachsames Auge zu haben, und daher einen jeden, aus dessen Aussagen, Kleidung, Waffen, oder andern Anzeigen sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur sey, sogleich, ohne erst eine Requisition deshalb abzuwarten, unter Aufsicht zu stellen, oder nach Umständen zu verhaften.

Art. 16.

Alle nach der Verfassung der beiderseitigen Staaten, Reserve- oder Landwehr- und überhaupt militairpflichtige Unterthanen, welche sich von Zeit der Publication dieser Convention an, in die Lande des andern Souverains oder zu dessen Truppen begeben, sind, jedoch nur auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit dieser Auslieferung im übrigen, sowohl in Hinsicht der dabei zu beobachtenden Form, als

auch wegen der zu erstattenden Verpflegungskosten, ebenso gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung militärischer Deserteurs in dieser Convention bestimmt ist.

Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt worden, wird ein Cartelgeld nicht entrichtet.

Art. 17.

Diejenigen Individuen, welche nach den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten im militairpflichtigen Alter sind, und bei Ueberschreitung der gegenseitigen Grenzen, ohne einen obrigkeitlichen Paß oder eine sonstige hinreichende Legitimation vorzeigen zu können, den Verdacht auf sich ziehen, daß sie sich der Militairpflicht gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen sogleich zurückgewiesen werden und dergleichen Personen weder Aufenthalt noch Zuflucht in dem jenseitigen Staate gestattet werden.

Art. 18.

Den beiderseitigen Behörden und Unterthanen wird strenge untersagt werden, Deserteurs, oder solche Militairpflichtige, die ihre desfallsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen können, zu Kriegsdiensten anzunehmen, deren Aufenthalt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie etwanigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere Ge-

genden zu befördern. Auch soll es nicht gestattet werden, daß von irgend einer fremden Macht dergleichen Individuen, innerhalb der Staaten der hohen Souverains, angeworben werden.

Art. 19.

Wer sich der wissentlichen Verhehlung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen und der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder Gefängnißstrafe belegt.

Art. 20.

Gleichmäßig wird es den Unterthanen beider hohen contrahirenden Mächte untersagt werden, von einem jenseitigen Deserteur Pferde, Sattel- und Reitzzeug, Armatur- und Montirungsstücke zu kaufen, oder sonst an sich zu bringen. Der Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur Herausgabe dergleichen an sich gebrachter Gegenstände, ohne den mindesten Ersatz oder zur Erstattung des Werths angehalten, sondern noch überdem mit willkührlicher Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden, wenn bewiesen wird, daß er wissentlich von einem Deserteur etwas an sich gebracht oder gekauft hat.

Art. 21.

Indem auf diese Art eine regelmäßige Auslieferung

der gegenseitigen Deserteurs und Militairpflichtigen einge-
leitet ist, wird jede eigenmächtige Verfolgung eines De-
serteurs auf jenseitigem Gebiete, als eine Verletzung des letz-
tern streng untersagt, und sorgfältig vermieden werden.
Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird, wenn er
dabei betroffen wird, sogleich verhaftet, und zur gesetzli-
chen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert werden.

Art. 22.

Als eine Gebiets-Verletzung ist jedoch nicht anzusehen,
wenn von einem Commando, welches einen oder mehrere
Deserteurs an die Grenze verfolgt, ein Commandirter in
das jenseitige Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts-
obrigkeit die Desertion zu melden; diese Obrigkeit muß
vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Bereiche fin-
det, denselben sofort verhaften, und wird in diesem Falle,
wie überhaupt jedesmal, wenn ein Deserteur von der
Obrigkeit verhaftet wird, kein Cartelgeld bezahlt.

Der Commandirte darf sich aber keinesweges an den
Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Art. 21 zu
behandeln ist.

Art 23.

Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung in jen-
seitigem Territorio, Verführung jenseitiger Soldaten zur

Desertion oder anderer Unterthanen zum Austrreten, mit Verletzung ihrer Militairpflicht ist streng untersagt. Wer eines solchen Beginnens wegen, in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht hat, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen. Wer sich aber dieser Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus, auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird auf desfallsige Requisition, in seinem Vaterlande zur Untersuchung und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

Art. 24.

Diejenigen, welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen der hohen contrahirenden Mächte desertirt sind, und entweder bei der Armee des andern Souverains Militairdienste genommen haben, oder sich, ohne dergleichen wiederum ergriffen zu haben, in dessen Landen aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

Art. 25.

Den Landeskindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militairdienste des andern Souverains sich befinden, soll die Wahl frei stehen, entweder in ihren Geburtsort zurückzukehren, oder in den

Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre nach Publication gegenwärtiger Convention dießfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden.

Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitulation ein.

Art. 26.

Es versteht sich, und wird hiedurch ausdrücklich erklärt, daß durch keine der bevorstehenden Bestimmungen den künftigen etwanigen Beschlüssen des Bundestages über einen allgemeinen Termin der Militairpflichtigkeit vorgegriffen, oder die bundesmäßige Auswanderungs-Freiheit der Unterthanen beschränkt werden soll.

Art. 27.

Gegenwärtige Convention wird beiderseits zu gleicher Zeit zur genauesten Befolgung publicirt werden, und ist gültig und geschlossen auf Sechs Jahre mit stillschweigender Verlängerung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jederzeit jedem der hohen contrahirenden Theile Ein Jahr voraus frei steht.

Und dann diese Convention von Uns in allen Punkten genehmigt, der Anfangs-Termin der Gültigkeit der

selben aber durch beiderseitige Uebereinkunft, in Beziehung auf den Art. 1. und 27., auf den 1sten Mai dieses Jahres bestimmt worden ist; so wird diese Convention hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und deren genaueste Befolgung in allen vorkommenden Fällen sämmtlichen Landesbehörden, so wie einem Jeden, den es sonst betrifft, hiedurch anbefohlen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 30sten März. 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special=Befehl.

v. Schmidt=Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 4. ✓

Braunschweig, den 14. Mai 1819.

- (6.) Verordnung, die mit dem Königl. Preussischen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen wechselseitiger Auslieferung der Deserteurs und ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner betreffend.
Braunschweig, den 4ten Mai 1819.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach mit dem Königl. Preussischen Gouvernement eine Convention wegen der Auslieferung der beiderseitigen Deserteurs und sonst ausgetretener militairpflichtiger Landeseinwohner abgeschlossen worden ist, welche wörtlich folgendermaßen lautet:

Neue Auflage.

Art. 1.

Alle in Zukunft, und zwar vom Tage der Publication gegenwärtiger Convention an gerechnet, von dem Militair der beiden hohen contrahirenden Theile unmittelbar oder mittelbar in des andern Lande oder zu dessen Truppen, wenn diese auch außerhalb ihres Vaterlandes sich befinden sollten, desertirende Personen, sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

Art. 2.

Als Deserteurs werden, ohne Unterschied des Grades oder der Waffen, alle diejenigen angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres oder der bewaffneten Landmacht nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der beiden Staaten gehören, und denselben mit Eid und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der bei der Artillerie oder sonstigen Fuhrwesen angestellten Knechte.

Art. 3.

Sollte der Fall vorkommen, daß ein Deserteur der hohen contrahirenden Theile früher schon von einer andern Macht desertirt wäre, so wird dennoch, selbst wenn mit der letztern ebenfalls Ablieferungs-Verträge beständen, die Ablieferung stets an denjenigen der hohen con-

trahirenden Theile erfolgen, dessen Dienst er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der hohen contrahirenden Theile zu denen eines Dritten, und von diesem wiederum in die Lande des andern pacificirenden Theiles, oder sonst zu dessen Truppen desertirt, so kommt es darauf an, ob letzterer Theil mit jenem dritten ein Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist; im entgegengesetzten Falle aber wird er dem pacificirenden Theile, dessen Dienste er zuletzt verlassen hat, ausgeliefert.

Art. 4.

Nur folgende Fälle werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

- a) Wenn der Deserteur aus den Staaten des andern der hohen contrahirenden Theile, so wie sie durch die neuesten Verträge begränzt sind, gebürtig ist, und also vermittlest der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt;
- b) wenn ein Deserteur in dem Lande, in welches er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landesgesetze erfordern. Wenn nach überstandener Strafe der

Deserteur ausgeliefert wird, sollen die denselben betreffenden Untersuchungs-Acten, entweder im Original oder auszugsweise und in beglaubten Abschriften übergeben werden, damit ermessen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militairdienste geeignet sey oder nicht. Schulden oder andere von dem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dagegen dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

Art. 5.

Die Verbindlichkeit zur Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sattel und Reitzeug, Armatur- und Montirungsstücke, welche von dem Deserteur etwa mitgenommen sind, und bei seiner Verhaftung bei ihm gefunden worden, oder auch nach der nähern Bestimmung des Art. 20. in den Händen dritter Personen sich befinden sollten. Diese Verbindlichkeit tritt auch dann ein, wenn der Deserteur selbst nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels nicht ausgeliefert werden kann.

Art. 6.

Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, werden beide hohe contrahi-

rende Theile, wegen bestimmter, an ihren Gränzen belegener gegenseitiger Ablieferungsorte (wozu solche Städte gewählt werden sollen, in welchen sich Garnison oder sonstige bewaffnete Macht befindet,) übereinkommen, an welchen eine gegenseitig bekannt zu machende Behörde mit der Empfangnahme der Deserteurs und sofortiger Bezahlung aller, in den nachfolgenden Artikeln 11 und 12 stipulirten Kosten, beauftragt seyn wird.

Art. 7.

Die Auslieferung geschieht in der Regel freiwillig und ohne erst eine Requisition abzuwarten. Sobald daher eine Militair- oder Civilbehörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird derselbe nebst den etwa bei sich habenden Effecten, Pferden, Waffen &c. sofort, unter Beifügung eines aufzunehmenden Protokolls, an die jenseitige Behörde im nächsten Ablieferungsorte gegen Bescheinigung übergeben.

Art. 8.

Sollte aber ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden desjenigen Staats, in welchen er übergetreten ist, entgangen seyn; so wird dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfallsige Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegenheit gefunden, in dem Militairdienste

des gedachten Staats angestellt zu werden. Nur wenn über die Richtigkeit wesentlicher, in der Requisition angegebener Thatfachen, welche die Auslieferung überhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, daß zuvor eine nähere Aufklärung derselben zwischen der requirirenden und der requirirten Behörde nöthig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

Art. 9.

Die im vorstehenden Artikel erwähnten Requisitionen ergehen Königl. Preussischer Seits an das Herzoglich Braunschweigische Geheime-Raths-Collegium, Herzogl. Braunschweigischer Seits aber an die nächste Königl. Preussische Provinzialregierung oder an das General-Commando der Preussischen Provinz, wohin der Deserteur sich begeben hat. Von den Militairbehörden werden diejenigen Deserteurs, welche etwa zum Dienste angenommen seyn sollten, von den Civilbehörden aber diejenigen, bei denen dies der Fall nicht ist, ausgeliefert.

Art. 10.

Sollten zwischen der Königl. Preussischen Regierung und andern deutschen Bundesstaaten, welche durch die Herzogl. Braunschweigischen Lande von dem Königl. Preussischen Gebiete getrennt sind, Cartel-Conventionen

bestehen, oder noch geschlossen werden, in deren Folge Auslieferungsfälle Preussischer Deserteurs vorkommen, so sind die Herzogl. Braunschweigischen Behörden verpflichtet, dergleichen Deserteurs von solchen hinterliegenden dritten Staaten anzunehmen und den weitem Transport nach den, in Gemäßheit des Artikels 6 zu bestimmenden Preussischen Ablieferungsorten, in eben der Art zu veranstellen, als ob solche Deserteurs innerhalb der Herzogl. Braunschweigischen Lande selbst zuerst ergriffen worden wären. Eine gleiche Verpflichtung findet auch auf Seiten der Königl. Preussischen Behörden statt, wenn in ähnlichen Fällen, auf dem Grunde der zwischen der Herzogl. Braunschweigischen Regierung und andern deutschen Bundesstaaten bestehenden Cartel-Conventionen, Herzogl. Braunschweigische Deserteurs das Königl. Preussische Gebiet berühren müssen, um ihre Auslieferung zu bewirken.

Art. 11.

An Unterhaltungskosten werden dem ausliefernden Theile für jeden Deserteur, vom Tage seiner Verhaftung an, bis zum Tage der Auslieferung einschließlich, für den Tag drei gute Groschen preuß. Courant, für ein Pferd aber täglich sechs Pfund Hafer, acht Pfund Hen

und drei Pfund Stroh, Berliner Gewicht, den Centner zu Einhundert und zehn Pfund, gut gethan. Die Berechnung der Futterkosten geschieht nach den Marktpreisen des Orts oder der nächsten Stadt, wo die Arrestirung geschehen ist, und die Bezahlung erfolgt, ohne die geringste Schwierigkeit, gleich bei der Ablieferung.

Art. 12.

Außer diesen Kosten und der im nachfolgenden Artikel 13. bemerkten Belohnung, kann ein Mehreres unter irgend einem Vorwande, wenn auch gleich der ausliefernde Mann unter den Truppen desjenigen contrahirenden Theils, der ihn auszuliefern hat, angeworben seyn sollte, etwa wegen des Handgeldes, genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung oder wie es sonst Namen haben möchte, nicht gefordert werden.

Art. 13.

Dem Unterthan, welcher einen Deserteur einliefert, soll eine Gratification von Fünf Thaler preuß. Courant für einen Mann ohne Pferd, und von Zehn Thaler preuß. Courant für einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem ausliefernden Theile vorgeschossen und sofort bei der Auslieferung wieder erstattet werden. In Rücksicht anderer ausgetretener Militairpflichtiger, die nicht nach

Art. 2. in die Classe der eigentlichen Deserteurs gehören, fällt dieses Cartel-Geld weg.

Art. 14.

Ueber den Empfang der Art. 11. und 13 gedachten Kosten und Gratifications-Erstattung hat die ausliefernde Behörde zu quittiren. Des etwa nicht sofort auszumittelnden Betrags der zu erstattenden Unkosten halber, ist aber die Auslieferung des Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegen steht, nicht aufzuhalten.

Art. 15.

Allen Behörden, besonders den Gränzbehörden, wird es strenge zur Pflicht gemacht werden, auf die gegenseitigen Deserteurs ein wachsames Auge zu haben, und daher einen jeden, aus dessen Aussagen, Kleidung, Waffen oder andern Anzeichen sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur sey, sogleich, ohne erst eine Requisition deshalb abzuwarten, unter Aufsicht zu stellen, oder nach Umständen zu verhaften.

Art. 16.

Alle nach der Verfassung der beiderseitigen Staaten, Reserve- oder Landwehr- und überhaupt militairpflichtige Unterthanen, welche sich von Zeit der Publication dieser Convention an, in die Lande des andern

contrahirenden Theils, oder zu dessen Truppen begeben, sind, jedoch nur auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit dieser Auslieferung im Uebrigen, sowohl in Hinsicht der dabei zu beobachtenden Form, als auch wegen der zu erstattenden Verpflegungs-Kosten, eben so gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung militairischer Deserteurs in dieser Convention bestimmt worden ist.

Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt werden, wird ein Cartel-Geld nicht entrichtet.

Art. 17.

Diejenigen Individuen, welche nach den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten im militairpflichtigen Alter sind, und bei Ueberschreitung der gegenseitigen Gränzen, ohne einen obrigkeitlichen Paß, oder eine sonstige hinreichende Legitimation vorzeigen zu können, den Verdacht auf sich ziehen, daß sie sich der Militairpflichtigkeit gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen sofort zurückgewiesen und dergleichen Personen weder Aufenthalt noch Zuflucht in dem hiesigen Staate gestattet werden.

Art. 18.

Den beiderseitigen Behörden und Unterthanen wird

strenge untersagt werden, Deserteurs oder solche Militairpflichtige, die ihre desfallsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen können, zu Kriegsdiensten anzunehmen, deren Aufenthalt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie etwa- nigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere Gegenden zu befördern. Auch soll es nicht gestattet werden, daß von irgend einer fremden Macht dergleichen Individuen innerhalb der Staaten der beiden pacificirenden Theile angeworben werden.

Art. 19.

Wer sich der öffentlichen Verhehlung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen und der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder Gefängnißstrafe belegt.

Art. 20.

Gleichmäßig wird den Unterthanen beider contrahirenden Theile untersagt werden, von einem jenseitigen Deserteur Pferde, Sattel und sonstige Reitzzeug-, Armaturen und Montirungsstücke zu kaufen oder sonst an sich zu bringen. Der Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur Herausgabe dergleichen an sich gebrachten Gegenstände, ohne den mindesten Ersatz, oder zur Erstattung des Werths angehalten, sondern auch überdem mit

willkürlicher Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden, wenn bewiesen wird, daß er wissentlich von einem Deserteur etwas an sich gebracht oder gekauft hat.

Art. 21.

Indem auf diese Art eine regelmäßige Auslieferung der gegenseitigen Deserteurs und Militairpflichtigen eingeleitet ist, wird jede eigenmächtige Verfolgung eines Deserteurs auf jenem Gebiete, als eine Verletzung des letztern, strenge untersagt und sorgfältig vermieden werden. Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird, wenn er dabei betroffen wird, sogleich verhaftet und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert werden.

Art. 22.

Als eine Gebietsverletzung ist jedoch nicht anzusehen, wenn von einem Commando, welches einen oder mehrere Deserteurs bis an die Gränze verfolgt, ein Commandirter in das jenseitige Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts-Obrigkeit die Desertion zu melden. Diese Obrigkeit muß vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Bereiche befindet, denselben sofort verhaften, und wird in diesem Falle, wie überhaupt jedesmal, wenn ein Deserteur von der Obrigkeit verhaftet wird, kein Carthel-Geld bezahlt. Der Commandirte darf sich aber kei-

neßweges an dem Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Art. 21 zu behandeln ist.

Art. 23.

Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung im jenseitigen Territorio, Verführung jenseitiger Soldaten zur Desertion, oder anderer Unterthanen zum Austrreten, mit Verletzung ihrer Militairpflicht, ist strenge untersagt. Wer eines solchen Beginneß wegen in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen. Wer sich aber dieser Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird auf desfallige Requisition in seinem Vaterlande zur Untersuchung und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

Art. 24.

Diejenigen, welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen des einen der hohen contrahirenden Theile desertirt sind und entweder bei dem Militair des andern Theils Dienste genommen haben, oder sich, ohne dergleichen wiederum ergriffen zu haben, in dessen Landen aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

Art. 25.

Den Landeskindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militairdienste des andern Theils sich befinden, soll die Wahl frei stehen, entweder in ihren Geburtsort zurückzukehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre nach Publication gegenwärtiger Convention dießfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden.

Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitulation ein.

Art. 26.

Es versteht sich und wird hiedurch noch ausdrücklich erklärt, daß durch keine der vorstehenden Bestimmungen, den künftigen etwanigen Beschlüssen des Bundestages über einen allgemeinen Termin der Militairpflichtigkeit vorgegriffen oder die bundesmäßige Auswanderungs-Freiheit der Unterthanen beschränkt werden soll.

Art. 27.

Gegenwärtige Convention wird beiderseits zu gleicher Zeit, zur genauesten Befolgung publicirt werden und ist gültig und geschlossen

auf sechs Jahr, mit stillschweigender Verlängerung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jeder Zeit jedem der contrahirenden Theile Ein Jahr voraus frei steht.

und dann diese Convention von Uns in allen Punkten genehmigt, der Anfangs-Termin der Gültigkeit derselben aber durch beiderseitige Uebereinkunft in Beziehung auf die Artikel 1. und 27. auf den 1sten Mai d. J. festgesetzt, auch disseits die Städte Helmstedt, Wolfenbüttel, Blankenburg und Holzminden und Königlich Preussischer Seits vorläufig Halberstadt zu Ablieferungsorten bestimmt worden, so wird diese Convention hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und deren genaueste Befolgung in allen vorkommenden Fällen sämtlichen Landesbehörden, so wie einem Jeden, den es betrifft, hiedurch anbefohlen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 4ten Mai 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

№ 5. ✓

 Braunschweig, den 15ten Juni 1819.

- (7.) Verordnung wegen der diesjährigen Feier des Sieges bei Waterloo. D. D. Braunschweig, den 10ten Junii 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vetters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Zur Feier des am 18ten Junius d. J. wiederkehrenden Jahrestage des im Jahre 1815 bei Waterloo erfochtenen denkwürdigen Sieges soll auch im gegenwärtigen Jahre in sämtlichen Kirchen der hiesigen Lande an dem, auf den 18ten Junius zunächst folgenden Sonntage, den 20sten Junius, nach Beendigung des Vormittags-Gottesdienstes, das Danklied, „Herr Gott dich loben wir“ feierlich gesungen werden. Es haben daher sämt-

Neue Auflage.

liche Prediger sich solches zur Nachahmung dienen zu lassen, und die versammelten Gemeinden auf die wichtige Veranlassung und Absicht dieser Feierlichkeit von Neuem auf eine zweckmäßige Weise aufmerksam zu machen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 10ten Juni 1819.



Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 6. ✓

Braunschweig, den 22sten Juni 1819.

- (7.) Verordnung, die mit dem Churfürstl. Hessischen Gouvernement abgeschlossene Convention wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs und sonst ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner betreffend.
Braunschweig, den 15ten Junii 1819.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Da gegenwärtig auch mit dem Churfürstl. Hessischen Gouvernement eine Convention wegen der Auslieferung der beiderseitigen Deserteurs und sonst ausgetretenen militairpflichtigen Landes-Einwohner abgeschlossen worden ist, welche wörtlich folgendermaßen lautet:

Neue Auflage.

Art. 1.

Alle in Zukunft, und zwar vom Tage der Publication gegenwärtiger Conventionen an gerechnet, von den Armeen der beiden hohen contrahirenden Theile unmittelbar oder mittelbar in des Andern Lande oder zu dessen Truppen, wenn diese auch außerhalb ihres Vaterlandes sich befinden sollten, desertirenden Militairpersonen sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

Art. 2.

Als Deserteurs werden, ohne Unterschied des Grades oder der Waffen, alle diejenigen angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres, oder der bewaffneten Landesmacht, nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der beiden Staaten gehören, und denselben mit Eid und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der bei der Artillerie oder sonstigem Fuhrwesen angestellten Knechte.

Art. 3.

Sollte der Fall vorkommen, daß ein Deserteur von hohen contrahirenden Mächten früher schon von einer andern Macht desertirt wäre, so wird dennoch, selbst wenn mit der letztern ebenfalls Auslieferungsverträge bestände, die Auslieferung stets an diejenige der hohen contrahirenden

den Mächte erfolgen, deren Dienst er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der hohen pacificirenden Souverains zu denen eines Dritten, und von diesen wiederum in die Lande des andern pacificirenden Souverains, oder sonst zu dessen Truppen desertirt, so kommt es darauf an, ob letzterer Souverain mit jenem Dritten ein Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist, im entgegengesetzten Falle aber wird er dem pacificirenden Souverain, dessen Dienste er zuletzt verlassen hat, ausgeliefert.

Art. 4.

Nur folgende Fälle werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

- a) Wenn der Deserteur aus den Staaten des jenseitigen hohen Souverains, so wie sie durch die neuesten Verträge begränzt sind, gebürtig ist, und also vermittlest der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt.
- b) Wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchen er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landesgesetze erfordern. Wenn nach überstandener

Estrafe der Deserteur ausgeliefert wird, sollen die denselben betreffenden Untersuchungsacten, entweder im Original, oder auszugsweise, und in beglaubigten Abschriften, übergeben werden, damit ermessen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militairdienste geeignet sey, oder nicht. Schulden, oder andere von einem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dagegen dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

Art. 5.

Die Verbindlichkeit der Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sattel und Reitzzeug, Armatur und Montirungsstücke, welche von dem Deserteur etwa mitgenommen worden sind, und bei seiner Verhaftung bei ihm gefunden werden, oder auch nach der nähern Bestimmung des Art. 20 in den Händen dritter Personen sich befinden sollten, und tritt auch, dann ein, wenn der Deserteur selbst, nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels, nicht ausgeliefert wird.

Art. 6.

Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, sind von Seiten Churhessen

die Städte Cassel und Carlshafen, und Herzogl. Braunschweigischer Seits die Stadt Braunschweig zu Auslieferungsorten bestimmt worden, an welchen Orten eine gegenseitig bekannt zu machende Behörde mit der Empfangnahme der Deserteurs und sonstiger Bezahlung aller in den nachfolgenden Art. 11 und 12 stipulirten Kosten beauftragt seyn wird.

Art. 7.

Die Auslieferung geschieht in der Regel freiwillig und ohne erst eine Requisition abzuwarten. Sobald daher eine Militair- oder Civil-Behörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird derselbe, nebst den etwa bei sich habenden Effecten, Pferden, Waffen &c. sofort, unter Beifügung eines aufzunehmenden Protocolls, an die jenseitige Behörde im nächsten Ablieferungs-Orte gegen Bescheinigung übergeben.

Art. 8.

Sollte aber ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden desjenigen Staates, in welchen er übergetreten ist, entgangen seyn, so wird dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfallsige Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegenheit gefunden hätte, in dem Militairdienste des gedachten Staats angestellt zu werden. Nur

wenn über die Richtigkeit wesentlicher, in der Requisition angegebener Thatfachen, welche die Auslieferung überhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, daß zuvor eine nähere Aufklärung dergleichen zwischen der requirirten Behörde nöthig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

Art. 9.

Die im vorstehenden Artikel erwähnten Requisitionen ergehen Churfürstl. Hessischer Seits an die Herzoglich Braunschweigische Militair-Administrationscommission und Herzogl. Braunschweigischer Seits an das General-Kriegscollegium zu Cassel. Von den Militairbehörden werden diejenigen Deserteurs, welche etwa zum Dienste angenommen seyn sollten, von den Civilbehörden aber diejenigen, bei denen dieß der Fall nicht ist, ausgeliefert.

Art. 10.

Sollten indeß zwischen Seiner Königl. Hoheit dem Churfürsten zu Hessen, und andern Deutschen Bundesstaaten, welche durch die Herzogl. Braunschweigischen Staaten von dem Churhessischen Gebiete getrennt sind, Cartel-Conventionen bestehen, oder noch geschlossen werden, in deren Folge Auslieferungsfälle Churhessischer Deserteurs vorkommen, so sind die Herzogl. Braunschweigischen Behörden verpflichtet, dergleichen Deserteurs von

solchen hinterliegenden dritten Staaten anzunehmen, und den weitem Transport nach den in Gemäßheit des Art. 6 bestimmten Churhessischen Ablieferungsorten in eben der Art zu veranstalten, als ob solche Deserteurs innerhalb der Herzogl. Braunschweigischen Staaten selbst zuerst ergriffen worden wären. Eine gleiche Verpflichtung findet auf Seiten der Churhessischen Behörden statt, wenn in ähnlichen Fällen auf den Grund zwischen der Herzoglich Braunschweigischen Regierung und andern Deutschen Bundesstaaten bestehender Cartel-Conventionen Herzoglich Braunschweigische Deserteurs das Churhessische Gebiet passiren müssen, um ihre Auslieferung zu bewirken.

Art. 11.

An Unterhaltungskosten werden der- ausliefernden Macht für jeden Deserteur, vom Tage seiner Verhaftung an, bis zum Tage der Auslieferung einschließlich, für den Tag drei gute Groschen Conventions-Münze, für ein Pferd aber täglich sechs Pfund Hafer, acht Pfund Heu und drei Pfund Stroh, Braunschweigisches Gewicht, den Centner zu Ein Hundert und Zehn Pfund, gut gethan. Die Berechnung der Futterkosten geschieht nach den Marktpreisen des Orts oder der nächsten Stadt, wo die Arretirung geschehen ist, und die Bezahlung erfolgt

ohne die geringste Schwierigkeit, gleich bei der Auslieferung.

Art. 12.

Außer diesen Kosten, und der im nachfolgenden Art. 13 bemerkten Belohnung, kann ein Mehreres, unter irgend einem Vorwande, wenn auch gleich der auszuliefernde Mann unter den Truppen des Souverains, der ihn auszuliefern hat, angeworben seyn sollte, etwa wegen des Handgeldes, genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung, oder wie es sonst Namen haben möchte, nicht gefordert werden.

Art. 13.

Dem Unterthan, welcher einen Deserteur einliefert, soll eine Gratification von Fünf Thaler Conv. Münze für einen Mann ohne Pferd, und von Zehn Thaler Conv. Münze für einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem ausliefernden Theile vorgeschossen, und sofort bei der Auslieferung wieder erstattet werden. In Rücksicht anderer ausgetretener Militairpflichtigen, die nicht nach Art. 2 in die Classe der eigentlichen Deserteurs gehören, fällt dieses Cartelgeld weg.

Art. 14.

Ueber den Empfang der Art. 11 und 13 gedach-

ten Kosten= und Gratifications=Erstattung, hat die ausliefernde Behörde zu quittiren. Des etwa nicht sofort auszumittelnden Betrages der zu erstattenden Unkosten halber, ist aber die Auslieferung des Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegensteht, nicht aufzuhalten.

Art. 15.

Allen Behörden, besonders den Gränzbehörden, wird es strenge zur Pflicht gemacht werden, auf die jenseitigen Deserteurs ein wachsame Auge zu haben, und daher einen jeden, aus dessen Aussagen, Kleidung, Waffen oder andern Anzeichen sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur ist, sogleich, ohne erst eine Requisition deshalb abzuwarten, unter Aufsicht zu stellen, oder nach Umständen zu verhaften.

Art. 16.

Alle nach der Verfassung der beiderseitigen Staaten, Reserve= oder Landwehr= und überhaupt militairpflichtige Unterthanen, welche sich von Zeit der Publication dieser Convention an, in die Lande des andern Souverains oder zu dessen Truppen begeben, sind, jedoch nur auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit die=

ser Auslieferung im Uebrigen, sowohl in Hinsicht der dabei zu beobachtenden Form, als auch wegen der zu erstattenden Verpflegungskosten, eben so gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung militairischer Deserteurs in dieser Convention bestimmt ist. Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt werden, wird ein Cartelgeld nicht entrichtet.

Art. 17.

Diejenigen Individuen, welche nach den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten im militairpflichtigen Alter sind, und bei Ueberschreitung der gegenseitigen Gränzen, ohne einen obrigkeitlichen Paß, oder eine sonstige hinreichende Legitimation vorzeigen zu können, den Verdacht auf sich ziehen, daß sie sich der Militairpflichtigkeit gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen sofort zurückgewiesen, und dergleichen Personen weder Aufenthalt noch Zuflucht in dem jenseitigen Staate gestattet werden.

Art. 18.

Den beiderseitigen Behörden und Unterthanen wird streng untersagt werden, Deserteurs oder sonstige Militairpflichtige, die ihre desfallsige Befreiung nicht hin-

länglich nachweisen können, zu Kriegsdiensten anzunehmen, deren Aufenthalt zu verheimlichen, oder dieselben um sie etwanigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere Gegenden zu befördern. Auch soll es nicht gestattet werden, daß von irgend einer fremden Macht dergleichen Individuen innerhalb der Staaten der hohen Souverains angeworben werden.

Art. 19.

Wer sich der wissentlichen Verhehlung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen, und der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder Gefängnißstrafe belegt.

Art. 20.

Gleichmäßig wird es den Unterthanen beider hohen contrahirenden Mächte untersagt werden, von einem jenseitigen Deserteur Pferde, Sattel und Reitzeug, Armatur- und Montirungsstücke zu kaufen, oder sonst an sich zu bringen. Der Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur Herausgabe dergleichen an sich gebrachten Gegenstände, ohne den mindesten Ersatz, oder zu Erstattung des Werths angehalten, sondern auch überdem mit willkührlicher Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden,

wenn bewiesen wird, daß er wissentlich von einem Deserteur etwas an sich gebracht, oder gekauft hat.

Art. 21.

Indem auf diese Art eine regelmäßige Auslieferung der gegenseitigen Deserteurs und Militairpflichtigen eingeleitet ist, wird jede eigenmächtige Verfolgung eines Deserteurs auf jenem Gebiete, als eine Verletzung des letztern, streng untersagt, und sorgfältig vermieden werden. Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird, wenn er dabei betroffen wird, sogleich verhaftet, und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert werden.

Art. 22.

Als eine Gebietsverletzung ist jedoch nicht anzusehen, wenn von einem Commando, welches einen oder mehrere Deserteurs bis an die Gränze verfolgt, ein Commandirter in das jenseitige Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts-Obrigkeit die Desertion zu melden. Diese Obrigkeit muß vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Bereiche befindet, denselben sofort verhaften, und wird in diesem Falle, wie überhaupt jedesmal, wenn ein Deserteur von der Obrigkeit verhaftet wird, kein Cartelgeld bezahlt. Der Commandirte darf sich aber

keinesweges an dem Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Art. 21 zu behandeln ist.

Art 23.

Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung im jenseitigen Territorio, Verführung jenseitiger Soldaten zur Desertion, oder anderer Unterthanen zum Austreten, mit Verletzung ihrer Militairpflichtigkeit, ist streng untersagt. Wer eines solchen Beginns wegen in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen.

Wer sich aber dieser Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus, auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird auf beschallige Requisition in seinem Vaterlande zur Untersuchung, und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

Art. 24.

Diejenigen, welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen der Einen der hohen contrahirenden Mächte desertirt sind, und entweder bei der Armee des andern Souverains Militairdienste genommen haben, oder sich, ohne dergleichen wiederum ergriffen zu haben, in dessen Landen aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

Art. 25.

Den Landeskindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militairdienste des andern Souverains sich befinden, soll die Wahl frei stehen, entweder in ihren Geburtsort zurückzukehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre nach Publication gegenwärtiger Convention dießfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden.

Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitulation ein.

Art. 26.

Es versteht sich, und wird hiedurch ausdrücklich erklärt, daß durch keine der vorstehenden Bestimmungen den etwanigen Beschlüssen des Bundestages über einen allgemeinen Termin der Militairpflichtigkeit vorgegriffen, oder die bundesmäßige Auswanderungs-Freiheit der Unterthanen beschränkt werden soll.

Art. 27.

Gegenwärtige Convention wird beiderseits zu gleicher Zeit zur genauesten Befolgung publicirt werden, und ist gültig und geschlossen auf Sechs Jahre mit stillschwei-

gender Verlängerung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jederzeit jedem der hohen contrahirenden Theile Ein Jahr voraus freisteht.

Und dann diese Convention von Uns in allen Puncten genehmigt, der Anfangs-Termin der Gültigkeit derselben aber auf den 1sten Julii d. J. bestimmt worden ist, so wird diese Convention hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und deren genaueste Befolgung in allen vorkommenden Fällen sämmtlichen Landesbehörden, so wie einem Jeden, den es sonst betrifft, hiedurch anbefohlen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 15ten Juni 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldorf. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 7.

Braunschweig, den 13. Juli 1819.

- (9.) Verordnung, die Ausdehnung des §. 12 der Verordnung vom 30sten März 1775 auf die aus der Militair-Wittwen-Casse auszahlenden Wittwen-Gehalte betreffend.
De dato Braunschweig, den 29sten Juni 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unserß vielgeliebten Vetterß, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da wir bei der jetzt vorsehenden Regulirung der Militair-Wittwen-Casse, es für angemessen finden, daß die in dem §. 12 der unterm 30sten März 1775 wegen der Civil-Bedienten-Wittwen-Casse erlassenen Verordnung enthaltene Bestimmung auch auf die Militair-Wittwen-Casse ausgedehnt werde, so verordnen Wir hiemit, daß auch die aus der ebengedachten Casse an die Wittwen und Kinder ver-

Neue Auflage.

storbener Militair=Personen auszuzahlenden Wittwen=Gehalte keinem Arreste und keiner Exekution oder Immission der Creditoren unterworfen seyn, sondern an Niemand anders, als an die Wittve oder die Vormünder der Kinder selbst gezahlt werden sollen, wonach sich also die Fürstliche Militair=Administrations=Commission, welcher die Aufsicht über die Militair=Wittwen=Casse anvertrauet ist, sämtliche Gerichte und alle, welche solches sonst betrifft, zu achten haben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 29sten Juni 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special=Befehl.

v. Schmidt=Phiseldack. v. Schleinitz.

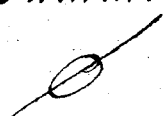
- (10.) Bekanntmachung des Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii, die Königl. Preussischer Seits bestimmten Ablieferungsorte der Deserteurs betreffend. Braunschweig, den 7ten Julius 1819.

Da nunmehr Königl. Preussischer Seits für die sämtlichen östlichen Provinzen Halberstadt und für die westlichen Provinzen Paderborn als Ablieferungsorte für die dorthin auszuliefernden Preussischen Deserteurs definitiv festgesetzt worden, so wird solches nachträglich zu der, unterm 4ten Mai dieses Jahrs wegen der mit dem Königlich Preussischen Gouvernement abgeschlossenen Cartell-Convention erlassenen Verordnung, zur Nachricht und Nachachtung eines Jeden, den es betrifft, hiedurch öffentlich bekannt gemacht. Braunschweig, den 7ten Julius 1819.

Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches Geheimeraths-Collegium.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinig.

Verordnungs-Sammlung.

No 8. 

Braunschweig, den 10ten September 1819.

- (10.) Verordnung, die Zusammenberufung der Landstände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg betreffend. d. d. Braunschweig, den 6ten September 1819.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Nachdem die aus den neuern Beitereignissen hervorgegangenen Verhältnisse und Verwickelungen, und einige andere früher nicht zu beseitigende Umstände Uns bisher nicht gestattet haben, die schon lange gewünschte und beabsichtigte Versammlung und Berathung der Landstände des

Neue Auflage.

Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg anzuordnen, gedachte Hindernisse aber nunmehr so weit gehoben sind, daß es anjetzt thunlich wird, auch durch deren gegenwärtige Zusammenberufung den Einwohnern selbiger Länder einen neuen Beweis zu geben, wie sehr Uns deren bleibende Wohlfahrt am Herzen liege, so haben Wir beschlossen und festgesetzt, daß ein offener Landtag zu Braunschweig und zugleich eine allgemeine Versammlung der Stände des Fürstenthums Blankenburg ebendasselbst gehalten, und am 12ten des nächstkünftigen Monats October eröffnet und die jetzt vorhandenen Mitglieder beider Landschaften dazu, dem Herkommen gemäß, jeder besonders berufen werden sollen.

Die solchergestalt versammelten Stände werden aus denjenigen Propositionen, welche Wir denselben zu machen befohlen haben, sodann die Ueberzeugung entnehmen, daß Wir eben so sehr die wohlervorbenen Rechte thunlichst zu erhalten, als die durch die Umstände nöthig werdenden Modificationen in der Verfassung herbeizuführen bedacht gewesen, und auch in diesem Stücke die Wohlfahrt des Landes für jetzt und künftig zu befördern wünschen, und fordern Wir die versammelten Stände hiedurch auf, auch zur Erreichung dieser Unserer Absicht, jeder nach seinen Kräften, mitzuwirken.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 6ten September 1819.

(*L. S.*)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 9. ✓

 Braunschweig, den 8ten October 1819.

(11.) Die diesjährige Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betreffend. Braunschweig, den 30sten September 1819.

Da zur Feier des am 18ten October d. J. wiederkehrenden Gedächtnistages des bei Leipzig errungenen glänzenden Sieges an dem zunächst vorhergehenden Sonntage, den 17ten October d. J., in sämmtlichen Kirchen hiesiger Lande nach beendigtem Vormittags-Gottesdienste ein feierliches Te Deum gesungen werden soll, so haben sämmtliche Prediger hienach sich zu achten und das dieselben, daß sie auch diese Gelegenheit nicht unbenutzt

Neue Auflage.

lassen werden, die versammelten Gemeinden zu fortwäh-
renden Dankgefühlen gegen die göttliche Vorsehung für
die durch jenen denkwürdigen Sieg herbeigeführte Unab-
hängigkeit des deutschen Vaterlandes zu erwecken.

Braunschweig, den 30sten September 1819.

Fürstl. Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimeraths-Collegium.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

No 10. *f. 1824.18*

Braunschweig, den 2. November 1819.

¹²
 (24) Verordnung, die Censur der Druckschriften betreffend.
 D. D. Braunschweig, den 25ten October 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-
 Regent des vereinigten Königreichs Großbri-
 tannien und Irland, auch des Königreichs
 Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüne-
 burg &c. In vormundtschaftlicher Regierung
 Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl,
 Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da in der 35ten Sitzung der Bundesversammlung
 vom 20ten September d. J. folgende provisorische Bestim-
 mungen über die Censur und den Debit der Druckschriften
 beschloffen worden sind:

§. 1.

So lange, als der gegenwärtige Beschluß in Kraft
 bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher
 Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die

nicht über zwanzig Bogen im Druck stark sind, in keinem Deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmigung der Landesbehörden zum Druck befördert werden.

Schriften, die nicht in eine der hier nahmhafte gemachten Classen gehören, werden fernerhin nach den in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen, oder noch zu erlassenden Gesetzen behandelt. Wenn dergleichen Schriften aber irgend einem Bundesstaate Anlaß zur Klage geben; so soll diese Klage im Namen der Regierung, an welche sie gerichtet ist, nach den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Formen, gegen die Verfasser oder Verleger der dadurch betroffenen Schrift erledigt werden.

§. 2.

Die zur Aufrechthaltung dieses Beschlusses erforderlichen Mittel und Vorkehrungen bleiben der nähern Bestimmung der Regierungen anheimgestellt: sie müssen jedoch von der Art seyn, daß dadurch dem Sinne und Zwecke der Hauptbestimmung des §. 1 vollständig Genüge geleistet werde.

§. 3.

Da der gegenwärtige Beschluß durch die unter den obwaltenden Umständen von den Bundesregierungen anerkannte Nothwendigkeit vorbeugender Maßregeln gegen den Mißbrauch der Presse veranlaßt worden ist: so können die auf

gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der im Wege des Drucks bereits verwirklichten Mißbräuche und Vergehungen abzweckenden Gesetze, insoweit sie auf die im §. 1 bezeichneten Classen von Druckschriften anwendbar seyn sollen, so lange dieser Beschluß in Kraft bleibt, in keinem Bundesstaate als zureichend betrachtet werden.

§. 4.

Jeder Bundesstaat ist für die unter seiner Oberaufsicht erscheinenden, mithin für sämtliche, unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Druckschriften, insofern dadurch die Würde oder Sicherheit anderer Bundesstaaten verletzt, die Verfassung oder Verwaltung derselben angegriffen wird, nicht nur den unmittelbar Beleidigten, sondern auch der Gesamtheit des Bundes verantwortlich.

§. 5.

Damit aber diese, in dem Wesen des Deutschen Bundesvereins gegründete, von dessen Fortdauer unzertrennliche, wechselseitige Verantwortlichkeit nicht zu unnützen Störungen des zwischen den Bundesstaaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisses Anlaß geben möge, so übernehmen sämtliche Mitglieder des deutschen Bundes die feierliche Verpflichtung gegen einander, bei der Aufsicht über die in ihren Ländern erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften mit wachsamem Ernste zu verfahren, und diese Aufsicht

dergestalt handhaben zu lassen, daß dadurch gegenseitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen auf jede Weise möglichst vorgebeugt werde.

§. 6.

Damit jedoch auch die durch gegenwärtigen Beschluß beabsichtigte allgemeine und wechselseitige Gewährleistung der moralischen und politischen Unverletzlichkeit der Gesamtheit und aller Mitglieder des Bundes nicht auf einzelnen Punkten gefährdet werden könne; so soll in dem Falle, wo die Regierung eines Bundesstaates sich durch die in einem andern Bundesstaate erscheinenden Druckschriften verletzt glaubte, und durch freundschaftliche Rücksprache oder diplomatische Correspondenz zu einer vollständigen Befriedigung und Abhülfe nicht gelangen könnte, derselben ausdrücklich vorbehalten bleiben, über dergleichen Schriften Beschwerde bei der Bundesversammlung zu führen, letztere aber sodann gehalten seyn, die angebrachte Beschwerde commissarisch untersuchen zu lassen, und wenn dieselbe gegründet befunden wird, die unmittelbare Unterdrückung der in Rede stehenden Schrift, auch wenn sie zur Classe der periodischen gehört, aller fernern Fortsetzung derselben, durch einen entscheidenden Ausspruch zu verfügen.

Die Bundesversammlung soll außerdem befugt seyn, die zu ihrer Kenntniß gelangenden, unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Schriften, in welchem Deutschen

Staate sie auch erscheinen mögen, wenn solche, nach dem Gutachten einer von ihr ernannten Commission, der Würde des Bundes, der Sicherheit einzelner Bundesstaaten oder der Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Deutschland zuwiderlaufen, ohne vorhergegangene Aufforderung aus eigener Autorität durch einen Ausspruch, von welchem keine Appellation statt findet, zu unterdrücken, und die betreffenden Regierungen sind verpflichtet, diesen Ausspruch zu vollziehen.

§. 7.

Wenn eine Zeitung oder Zeitschrift durch einen Ausspruch der Bundesversammlung unterdrückt worden ist; so darf der Redacteur derselben binnen 5 Jahren in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werden.

Die Verfasser, Herausgeber und Verleger der unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Schriften bleiben übrigens, wenn sie den Vorschriften dieses Beschlusses gemäß gehandelt haben, von aller weiteren Verantwortung frei, und die im §. 6 erwähnten Aussprüche der Bundesversammlung werden ausschließlich gegen die Schriften, nie gegen die Personen gerichtet.

§. 8.

Sämmtliche Bundesglieder verpflichten sich, in einem Zeitraume von zwei Monaten die Bundesversammlung von

den Verfügungen und Vorschriften, durch welche sie dem §. 1 dieses Beschlusses Genüge zu leisten gedenken, in Kenntniß zu setzen.

§. 9.

Alle in Deutschland erscheinende Druckschriften, sie mögen unter den Bestimmungen dieses Beschlusses begriffen seyn, oder nicht, müssen mit dem Namen des Verlegers, und, insofern sie zur Classe der Zeitungen oder Zeitschriften gehören, auch mit dem Namen des Redacteurs versehen seyn. Druckschriften, bei welchen diese Vorschrift nicht beobachtet ist, dürfen in keinem Bundesstaate in Umlauf gesetzt, und müssen, wenn solches heimlicher Weise geschieht, gleich bei ihrer Erscheinung im Beschlag genommen, auch die Verbreiter derselben, nach Beschaffenheit der Umstände, zu angemessener Geld- oder Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

§. 10.

Der gegenwärtige einstweilige Beschluß soll, vom heutigen Tage an, fünf Jahre lang in Wirksamkeit bleiben. Vor Ablauf dieser Zeit soll am Bundestage gründlich untersucht werden, auf welche Weise die, im 1-ten Artikel der Bundesacte in Anregung gebrachten, gleichförmigen Verfügungen über die Preßfreiheit in Erfüllung zu setzen seyn möchten, und demnächst ein Definitiv-Beschluß über die

rechtmäßigen Grenzen der Pressfreiheit in Deutschland erfolgen.

so wollen Wir, in Gemäßheit desselben, Folgendes hiedurch verordnen und festsetzen:

Erstens: So lange der vorstehende Beschluß seine Kraft behalten wird, dürfen die im §. 1 bezeichneten Schriften nicht ohne die ausdrückliche Genehmigung der von Uns bestellten Censoren gedruckt werden.

Zweitens: Für die Städte, in welchen sich Druckereien befinden, nämlich Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg, sollen zu diesem Ende Censoren bestellt, und deren Ernennung zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden.

Drittens: Dieselben werden vorläufig, statt weiterer Instruktionen, auf den Inhalt des vorstehenden Beschlusses der Deutschen Bundesversammlung zur genauesten Befolgung verwiesen.

Viertens: Was diejenigen Schriften betrifft, welche zu der Classe der im §. 1 des Beschlusses erwähnten nicht gehören, so bleibt es bei den Bestimmungen der Censur-Verordnung vom 28ten März 1814, so wie es auch bis auf Weiteres bei den Bestimmungen des §. 5 Nr. 1 und 3 derselben, in Ansehung der darin für besondere Gegenstände bestimmten Censur-Behörden, und übrigens denjenigen Verfügungen sein Bewenden

behält, welche in Folge dieser Verordnung bereits erlassen sind.

Fünftens: das in gedachter Verordnung wegen der Censur vorgeschriebene Verfahren, so wie auch die darin den Censur-Behörden zugebilligte Gebühr, sind auch auf die nach vorstehendem Beschlusse der Censur unterliegenden Schriften anwendlich.

Sämmtliche hiesige Landeseinwohner, besonders aber die Obrigkeiten, Censoren, Buchhändler und Buchdrucker haben hienach sich gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 25ten October 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl:

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^o 11.

Braunschweig, den 10ten November 1819.

- (13.) Bekanntmachung des deutschen Bundestags-Beschlusses, die Bestellung einer Central-Behörde zur nähern Untersuchung der in mehreren Bundesstaaten entdeckten revolutionairen Umtriebe betreffend. D. D. Braunschweig, den 25ten October 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Es ist in der 35ten Sitzung der Deutschen Bundesversammlung am 20sten September d. J. folgender Beschluß genommen worden:

Artikel 1.

Innerhalb vierzehn Tagen, von der Fassung gegenwärtigen Beschlusses anzurechnen, versammelt sich in der Stadt und Bundesfestung Mainz eine aus 7 Mitgliedern,
Neue Auflage.

mit Einschluß eines Vorsitzenden, zusammengesetzte, außerordentliche, von dem Bunde ausgehende Central-Untersuchungs-Commission.

Artikel 2.

Der Zweck dieser Commission ist, gemeinschaftliche, möglichst gründliche und umfassende Untersuchung und Feststellung des Thatbestandes, des Ursprungs und der mannigfachen Verzweigungen der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe, sowohl des ganzen Bundes, als einzelner Bundesstaaten, gerichteten revolutionairen Umtriebe und demagogischen Verbindungen, von welchen nähere oder entferntere Indicien bereits vorliegen, oder sich in dem Laufe der Untersuchung ergeben möchten.

Artikel 3.

Die Bundes-Versammlung wählt durch Mehrheit der Stimmen der engern Versammlung die sieben Bundesglieder, welche die Central-Untersuchungs-Commission zu ernennen haben.

Den Vorsitzenden bestimmen die sieben von den Bundesgliedern ernannten Commissarien nach ihrer Constitution als Central-Untersuchungs-Commission, durch Wahl aus ihrer Mitte.

Artikel 4.

Zu Mitgliedern der Central-Untersuchungs-Commission können nur Staatsdiener ernannt werden, welche in dem Staate, der sie ernennt, in richterlichen Verhältnissen stehen oder gestanden, oder wichtige Untersuchungen instruirt haben.

Jedem Commissarius wird ein auf das Protokoll verpflichteter Actuaris oder Secretair von seiner Regierung beigegeben, welche zusammen das Kanzlei-Personale bilden.

Der Vorsitzende vertheilt die zu erledigenden Geschäfte unter die einzelnen Mitglieder. Beschlüsse werden auf vorgängigen Vortrag nach Stimmenmehrheit gefaßt.

Artikel 5.

Um ihren Zweck zu erreichen, wird die Central-Untersuchungs-Commission die Oberleitung der in verschiedenen Bundesstaaten theils schon angefangenen, theils vielleicht noch anzufangenden Lokal-Untersuchungen übernehmen.

Die Behörden, welche dergleichen Untersuchungen bisher geführt haben, oder künftig führen werden, sind von ihren Regierungen anzuweisen, die bei ihnen verhandelten Acten in möglichst kürzester Zeit an die Central-Untersuchungs-Commission entweder in Urschrift oder in Abschrift einzusenden, den von der besagten Bundes-Commission an sie gelangenden Requisitionen schleunigst und vollständig zu willfahren, in Gemäßheit derselben die erforderlichen Untersuchungen mit möglichster Genauigkeit und Beschleunigung vorzunehmen oder fortzusetzen, und mit Verhaftung der inculpirtten Personen vorzuschreiten.

Neue, zu Entdeckungen führende, Spuren sind die Lokal-Behörden auch ohne vorläufige Anfrage bei der Central-Untersuchungs-Commission unverzüglich zu verfolgen, jedoch zugleich der letztern davon Kenntniß zu geben, verpflichtet.

Ueberhaupt werden die Lokal-Behörden von ihren obersten Land-Behörden angewiesen werden, sowohl mit der Central-Bundes-Commission, als unter sich in fortgesetzter Communication zu bleiben, und sich gegenseitig, in Beziehung auf den Art. 2 der Bundesacte, zu unterstützen.

Artikel 6.

Sämmtliche Bundesglieder, in deren Gebiet bereits Untersuchungen eingeleitet sind, verpflichten sich, der Central-Untersuchungs-Commission, unmittelbar nach ihrer Constatuirung, die Lokal-Behörden oder Commissionen, welchen sie die Untersuchung anvertrauet haben, anzuzeigen.

Die Bundesglieder, in deren Staaten Untersuchungen dieser Art noch nicht eingeleitet sind, jedoch aber

noch nöthig werden sollten, sind verbunden, auf das die-
ferwegen von der Central-Untersuchungs-Commission an sie
gelangende Ansinnen, sogleich die Untersuchung vornehmen
zu lassen, und der Central-Commission die Behörden nahm-
haft zu machen, welcher sie hierzu den Auftrag ertheilen.

Artikel 7.

Die Central-Bundes-Commission ist berechtigt, wenn
sie es nöthig findet, ein oder das andere Individuum selbst
zu vernehmen. Sie wird sich um Eistirung derselben an
die obersten Staatsbehörden der Bundesglieder, oder an
die ihr, vermöge Art. 6, bekannt gemachten Behörden wen-
den. Bei, von der Central-Commission anerkannter, un-
umgänglicher Nothwendigkeit sind dergleichen Personen auf
die, erwähneter Maaßen an die obersten Staats- oder be-
reits designirten Lokal-Behörden gerichtete Requisition der
Central-Commission zu verhaften und unter sicherer Bedek-
kung nach Mainz abzuführen.

Artikel 8.

Zu sicherer Verwahrung der an den Sitz der Com-
mission zu transportirenden Individuen sollen die erfor-
derlichen Anstalten getroffen werden.

Die Kosten der Commission, so wie der Untersu-
chung selbst, sind von dem Bunde zu tragen.

Artikel 9.

Auf gegenwärtigen Bundeschluß wird die Central-
Untersuchungs-Commission anstatt besonderer Instruction
verwiesen.

In allen Fällen, wo sich Anstände ergeben, oder
überhaupt die Central-Untersuchungs-Commission weitere
Verhaltensbefehle einzuholen in den Fall kommen soll-
te, hat dieselbe an die Bundes-Versammlung zu berichten,
welche zur Einleitung der Beschlußnahme und Vortrag
über solche Anfragen eine Commission von drei Mitglie-
dern aus ihrer Mitte ernennen wird.

Artikel 10.

Eben so ist über die Resultate der möglichst zu beschleunigenden Untersuchung von der Central-Untersuchungs-Commission Bericht an die Bundes-Versammlung von Zeit zu Zeit zu erstatten.

Die Bundes-Versammlung wird nach Maaßgabe der, sowohl im Einzelnen, als nach geschlossener Untersuchung aus den ganzen Verhandlungen sich ergebenden Resultate, die weitem Beschlüsse zu Einleitung des gerichtlichen Verfahrens fassen.

Wenn nun gleich zu Unserer besondern Zufriedenheit in den hiesigen Landen bis jetzt keine Spur von revolutionairen Umtrieben, oder solchen Verbindungen, wodurch die innere Ruhe und die bestehende Verfassung gefährdet werden könnte, sich gefunden hat, Wir auch zu den Einwohnern hiesiger Lande das begründete Vertrauen hegen, daß keiner derselben sich werde verleiten lassen, an Verbindungen dieser Art den geringsten Antheil zu nehmen, so haben wir dennoch den vorstehenden Beschluß zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, für nöthig erachtet.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 25sten October 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack.

v. Schleinitz.

- (14.) Bekanntmachung des deutschen Bundestags = Beschlusses, die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maaßregeln betreffend. D. D. Braunschweig, den 25ten October 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig = Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig = Lüneburg &c.

Demnach die Deutsche Bundes = Versammlung am 20sten September d. J. folgenden Beschluß genommen hat:

§. 1.

Es soll bei jeder Universität ein, mit zweckmäßigen Instructionen und ausgedehnten Befugnissen versehener, am Orte der Universität residirender, außerordentlicher landesherrlicher Bevollmächtigter, entweder in der Person des bisherigen Curators, oder eines andern, von der Regierung dazu tüchtig befundenen Mannes, angestellt werden.

Das Amt dieses Bevollmächtigten soll seyn: über die strengste Vollziehung der bestehenden Geseze und Disciplinar = Vorschriften zu wachen; den Geist, in welchem die academischen Lehrer bei ihren öffentlichen und Privat = Vorträgen verfahren, sorgfältig zu beobachten, und demselben, jedoch ohne unmittelbare Einmischung in das wissenschaftliche und die Lehrmethoden, eine heilsame, auf die künf-

tige Bestimmung der studirenden Jugend berechnete Richtung zu geben, endlich Allem, was zur Beförderung der Sittlichkeit, der guten Ordnung und des äußern Anstandes unter den Studirenden dienen kann, seine unausgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen.

Das Verhältniß dieser außerordentlichen Bevollmächtigten zu den academischen Senaten soll, so wie Alles, was auf die nähere Bestimmung ihres Wirkungskreises und ihrer Geschäftsführung Bezug hat, in den ihnen von ihrer obersten Staatsbehörde zu ertheilenden Instructionen, mit Rücksicht auf die Umstände, durch welche die Ernennung dieser Bevollmächtigten veranlaßt worden ist, so genau als möglich festgesetzt werden.

§. 2.

Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht, oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger, oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren, ihre Unfähigkeit zu Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen, ohne daß ihnen hiebei, so lange der gegenwärtige Beschluß in Wirksamkeit bleibt, und bis über diesen Punct definitive Anordnungen ausgesprochen seyn werden, irgend ein Hinderniß im Wege stehen könne. Jedoch soll eine Maaßregel dieser Art nie anders, als auf den vollständig motivirten Antrag des der Universität vorgesetzten Regierungs-Bevollmächtigten, oder von demselben vorher eingeforderten Bericht, beschlossen werden.

Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem andern Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt werden.

§. 3.

Die seit langer Zeit bestehenden Gesetze gegen geheime oder nicht autorisirte Verbindungen auf den Universitäten sollen in ihrer ganzen Kraft und Strenge aufrecht erhalten, und insbesondere auf den seit einigen Jahren gestifteten, unter dem Namen der allgemeinen Burschenschaft bekannten Verein um so bestimmter ausgedehnt werden, als diesem Vereine die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortdauernden Gemeinschaft und Correspondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zum Grunde liegt. Den Regierungs-Bevollmächtigten soll in Ansehung dieses Punctes eine vorzügliche Wachsamkeit zur Pflicht gemacht werden.

Die Regierungen vereinigen sich darüber, daß Individuen, die nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Beschlusses erweislich in geheimen, oder nicht autorisirten Verbindungen geblieben, oder in solche getreten sind, bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden sollen.

§. 4.

Kein Studirender, der durch einen von dem Regierungsbevollmächtigten bestätigten, oder auf dessen Antrag erfolgten Beschluß eines academischen Senats von einer Universität verwiesen worden ist, oder der, um einem solchen Beschlusse zu entgehen, sich von der Universität entfernt hat, soll auf einer andern Universität zugelassen, auch überhaupt kein Studirender ohne ein befriedigendes Zeugniß seines Wohlverhaltens auf der von ihm verlassenen Universität, von irgend einer andern Universität aufgenommen werden.

So haben Wir solchen Beschluß hiedurch zur allgemeinen

Kenntniß zu bringen keinen Anstand nehmen wollen, und vertrauen Wir zu denen auf Universitäten sich befindenden hiesigen Landeskindern, daß sie durch ein vorsichtiges und richtiges Betragen und durch Vermeidung aller Theilnahme an geheimen oder nicht autorisirten Verbindungen, die im vorstehenden Beschlusse angedroheten üblen Folgen vermeiden werden, welche, wenn selbige gegen sie zur Anwendung gebracht werden müßten, für ihre ganze Zukunft von dem nachtheiligsten Einflusse seyn würden. Wie Wir denn zum Ueberflusse noch die Eltern, Vormünder und Angehörigen gedachter Studirenden hiedurch besonders auffordern, sie auf den Inhalt der §§. 3 und 4 des Beschlusses zur reiflichsten Erwägung und Befolgung dringend aufmerksam zu machen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 25sten October 1819.



Auf Höchsten Special = Befehl.

v. Schmidt = Phiseldack.

v. Schleinitz.

✓ (15.) Bekanntmachung der provisorischen Executions-Ordnung im deutschen Bunde. D. D. Braunschweig, den 25ten October 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Demnach in der 35ten Sitzung der Deutschen Bundes-Versammlung am 20sten September d. J. folgende provisorische Executions-Ordnung beschlossen worden:

Artikel 1.

Bis zur Abfassung einer definitiven, in allen ihren Theilen vollendeten Executionsordnung, soll die Bundesversammlung durch gegenwärtige provisorische Einrichtung befugt und angewiesen seyn, allen ihren Beschlüssen, die sie zur Erhaltung der innern Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und zum Schutz des Besizstandes (bis zum betretenen rechtlichen oder gerichtlichen Wege) zu fassen sich für hinlänglich veranlaßt und berechtigt hält, die gehörige

Folgeleistung und Vollziehung auf nachstehende Weise zu sichern.

Artikel 2.

Zu diesem Ende wählt die Bundesversammlung jedesmal für den Zeitraum von sechs Monaten aus ihrer Mitte eine Commission von fünf Mitgliedern, welche auch während der Ferien in Thätigkeit bleibt.

Artikel 3.

An sie gelangen alle Eingaben und Berichte, Propositionen und Anfragen, welche auf die Vollziehung der gefaßten Beschlüsse Bezug haben.

Artikel 4.

Die Commission theilt nach erstattetem Vortrage in der Versammlung, während der Ferien aber den betreffenden Bundesstaaten durch deren Bundestagsgesandten, oder die Substituten derselben, alles dasjenige mit, was sich auf den unterbliebenen oder unvollständig erfolgten Vollzug der Bundesbeschlüsse bezieht, und erwartet, wenn aus solchen Anzeigen hervorgeht, daß in einem gegebenen Falle die Beschlüsse unvollzogen geblieben, oder unvollständig vollzogen worden sind, innerhalb eines, nach Beschaffenheit der Umstände anzuberaumenden, kurzen Termins, die Anzeige von der erfolgten Vollziehung.

Artikel 5.

Gehet aus der Erklärung des Bundestagsgesandten hervor, daß der betreffende Bundesstaat der Meinung ist, die vorliegenden Bundesbeschlüsse seyn auf den angegebenen Fall überhaupt nicht, oder nicht in der bezeichneten Ausdehnung anwendbar; so begutachtet den Fall die Commission, und veranlaßt einen Schluß der Bundesversammlung, welcher dem Gesandten des betreffenden Bundesstaats, um die Vollziehung zu veranlassen, mitgetheilt wird; dieser hat, wie in dem vorigen Artikel, den erfolgten Vollzug der Versammlung in einem zu bestimmenden Termine anzuzeigen.

Artikel 6.

Wenn sich ein einzelner Bundesstaat zu der Anzeige veranlaßt sieht, oder wenn sich aus Thatverhältnissen, welche zur Kenntniß der Bundesversammlung gelangen, ergibt, daß Bundesbeschlüsse darum in einem einzelnen Staate nicht vollzogen werden, weil Lokalverordnungen ihnen entgegen zu stehen scheinen, in einem solchen Falle aber die Regierung nothwendig erachtet, auf Dazwischenkunft der Bundesversammlung anzutragen, oder die Bundesversammlung selbst dieserhalb einzuschreiten für erforderlich hält; so beschließt, auf Vortrag der Commission, welche den betreffen-

den Bundestagsgesandten zuvor noch mit seinen Bemerkungen hören, und über die vorliegenden Anstände vernehmen wird, die Versammlung über deren Anwendung oder Modification in Beziehung auf den vorliegenden Fall, und giebt von diesem Beschlusse dem betreffenden Bundestagsgesandten Nachricht, welcher nach den, in den Art. 4 und 5 enthaltenen Bestimmungen den Vollzug in dem festzusetzenden Termine der Versammlung anzuzeigen hat.

Artikel 7.

Geht die Nichtvollziehung der Beschlüsse in einem einzelnen Bundesstaate aus einer Widersetzlichkeit der Staatsangehörigen und Unterthanen hervor, welche die betreffende Landesverwaltung nicht zu heben im Stande ist, so beschließt die Bundesversammlung, wenn die Commission zuvor sich über die vorliegenden Verhältnisse mit dem betreffenden Bundestagsgesandten in Einverständniß gesetzt haben wird, nach vorhergegangenen Commissionsvortrage, der Lage der Sache angemessene Dehortatorien, auf welche sodann, wenn sie in dem zu bestimmenden Termine unbeachtet bleiben, oder in so weit die von dem betreffenden Bundesstaate selbst angewendeten Mittel nicht zureichend sind, die militairische Assistenz durch in das Gebiet des Staates einrückende Bundesstruppen erfolgt.

Die Bundesversammlung hat, nach den obwaltenden Verhältnissen und auf einen vorhergegangenen Commissions-Antrag, sowohl die Zahl der zu stellenden Truppen, als die zu deren Stellung verpflichteten Bundesstaaten zu bestimmen.

Der Rückmarsch der Truppen geschieht nach erfolgter und gehörig versicherter Vollziehung der Bundesbeschlüsse.

Artikel 8.

Liegt der Grund der Nichtvollziehung der Bundesbeschlüsse in einer Weigerung der betreffenden Bundesstaats-Regierung, die Bundesbeschlüsse zu vollziehen, so erfolgen Dehortatorien und wirkliche militairische Vollziehung, auf die in dem vorhergehenden Artikel bezeichnete Art, mit dem Unterschiede, daß dieselben gegen die Regierung des Bundesstaats selbst gerichtet werden.

Die Kosten, welche den Zweck der nothwendig gewordenen militairischen Vollziehung nicht überschreiten dürfen, und bloß auf den wirklichen Aufwand zu beschränken sind, hat der betroffene Bundesstaat zu tragen; auch ernennt in diesem Falle die Bundes-Versammlung eine Special-Vollziehungs-Commission, welche die Execution leitet, und über den Gang derselben an die Bundesversammlung berichtet.

So lassen Wir solche Ordnung hiedurch zur allgemeinen Kenntniß der hiesigen Landeseinwohner gelangen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 25sten October 1819.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

v. Schmidt = Phiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

№ 12.

 Braunschweig, den 21sten December 1819.

(16) Verordnung, die abermalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten December 1819.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Betters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Es haben die Gründe, welche Uns bisher bewogen haben, die Frist zur Anmeldung der hypothekarischen Rechte wiederholt zu verlängern, noch nicht gehoben werden können; und wollen Wir daher selbige Frist hiedurch abermals auf Ein Jahr bis zum 31sten December 1820 prolongiren.

Die vor dem 1sten Januar 1821 vorschriftsmäßig angemeldeten Hypotheken behalten hienach die ihnen zu-

Neue Auflage.

stehende Rangordnung. Der Rang aller später angemeldeten Hypotheken aber richtet sich nach der Zeit der geschehenen Eintragung.

Was die gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken, desgleichen die der Landesherrschaft oder den öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen betrifft, so verbleibt es in Ansehung derselben auch für dieses Mal bei denen wegen selbiger in der Verordnung vom 23ten Mai 1814 enthaltenen Bestimmungen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegel.

Braunschweig, den 15ten December 1819.



Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack.

v. Schleinitz.